

Zimmermann, Klaus F.

Article

Transatlantischer Donner vor den G-Gipfeln: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2010) : Transatlantischer Donner vor den G-Gipfeln: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 23, pp. 20-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151971>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Schüssler 2008

Transatlantischer Donner vor den G-Gipfeln

von Klaus F. Zimmermann *

Vor den zum Monatsende anstehenden G8- und G20-Wirtschaftsgipfeln stehen die Zeichen auf Sturm. Weder bei der Regulierung der Finanzmärkte noch bei der Frage der Fortsetzung der Politik der Staatsverschuldung lassen sich die ganz erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Nordamerika und Europa unter den Teppich kehren. Dieser transatlantische Dissens ist gefährlich und muss aufgelöst werden. Denn ein starker Euro, um den es hierbei derzeit zentral geht, muss auch im Interesse der Vereinigten Staaten liegen.

In Europa haben die Regierungen zu Recht erkannt, dass die Währungsschwäche eng mit den zu spät und unzureichend bekannt gemachten Sanierungsplänen zur Bekämpfung der ausufernden Staatsverschuldung zusammenhängt. Diese falsche Politik hatte letztlich die europäische Währungskrise provoziert, die immer noch zum Kollaps des Euros führen kann. Das mangelnde Vertrauen in die Wirtschaftskraft Europas vertrieb die Kapitalanleger aus dem Euro.

Die Forderung der Vereinigten Staaten an Europa, die Ausgabendisziplin nicht zu übertreiben und die Binnennachfrage auf Kosten des Exports zu stärken, um so die Weltkonjunktur zu befördern, dient zunächst nur der amerikanischen Strategie: Dies sichert die Kapitalzuflüsse in die Vereinigten Staaten und lenkt davon ab, dass sich Amerika längst im gleichen Schuldenstrudel befindet. Auf der Rang-

liste der – gemessen an der Wirtschaftsleistung – größten Staatsschuldenländer arbeitet sich Amerika konsequent nach oben und wird noch im Jahresverlauf die 90-Prozent-Marke deutlich überschreiten. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis diese Entwicklung stärker ins öffentliche Blickfeld gerät.

Der derzeit fallende Eurokurs ist aber gut für Europa und schlecht für die Vereinigten Staaten. Bei uns stärkt er den Export, sichert bedrohte Arbeitsplätze, stimuliert den Konsum und fördert damit das Wachstum. Für die Vereinigten Staaten behindert ein erstarkter Dollar allerdings das erklärte Ziel des Präsidenten, den Export in naher Zukunft zu verdoppeln, um so das Außenhandelsdefizit abzubauen. Es ist deshalb auch für Amerika wichtig, dass sich der Wechselkurs angemessen stabilisiert.

Das drastische Sparsignal, das von der Bundesregierung zu Wochenbeginn für die deutschen Staatshaushalte ausgegeben wurde, sollte deshalb als positiver Beitrag zur globalen Wirtschaftsentwicklung gesehen werden. Der Rückzug aus der Verschuldungspolitik wird die Kapitalmärkte beruhigen, die Finanzierung privater Investitionen erleichtern und den Euro stärken. Die Bundesregierung verdient Unterstützung bei der Aufgabe, zaudernde G20-Teilnehmer wie die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass dies der richtige Weg ist. Die gute transatlantische Partnerschaft könnte die Basis für eine Verständigung sein.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Alexander Kritikos
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Karsten Neuhoff, PhD
Alexander Schiersch

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.